

Nr. 19/1096

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Mehr Altenpflegekräfte braucht das Land – für ein Sofortprogramm
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 11. April 2018
(Drucksache [19/1616](#))
2. Innovationsstrategie für Bremen und Bremerhaven stärker mit der Fachkräftestrategie verbinden
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP
vom 29. Mai 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1619](#) vom 11. April 2018)
(Drucksache [19/1692](#))
3. Versorgungs- und Rechtssicherheit für Medizinalhanf-Patienteninnen und Medizinalhanf-Patienten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. April 2018
(Drucksache [19/1628](#))
4. Die bestehenden Notfallambulanzen durch Portalpraxen entlasten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Mai 2018
(Drucksache [19/1658](#))
5. Ambulante Notfallversorgung dauerhaft verbessern
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2018
(Drucksache [19/1730](#))
6. Wie hoch ist der Investitionsstau in den Kliniken des Landes Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 15. Mai 2018
(Drucksache [19/1659](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018
(Drucksache [19/1756](#))
7. Hochschulübergreifende Kooperationen. Hemmnisse, Grenzen und Potenziale erkennen.
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Mai 2018
(Drucksache [19/1679](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 14. August 2018
(Drucksache [19/1769](#))

8. Beschäftigungssituation der studentischen Hilfskräfte
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 29. Mai 2018
(Drucksache [19/1680](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 21. August 2018
(Drucksache [19/1782](#))
9. Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor unterhalb der Armutsschwelle
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. August 2018
(Drucksache [19/1773](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 25. September 2018
(Drucksache [19/1842](#))
10. Museen sind unser kollektives Gedächtnis – wie ermöglichen wir einen Zugang für alle?
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 21. August 2018
(Drucksache [19/1787](#))
11. Antisemitismus im Land Bremen entschlossen bekämpfen
Mitteilung des Senats vom 4. September 2018
(Drucksache [19/1808](#))

Nr. 19/1097

Genehmigungsverfahren verkürzen – Musterbauordnung als Vorbild nehmen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1102](#))

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 19/1098

Genehmigungsverfahren verkürzen – Musterbauordnung als Vorbild nehmen

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 3. September 2018
(Drucksache [19/1806](#))

Der Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft ist durch die Rücknahme der Drucksache [19/1102](#) erledigt.

Nr. 19/1099

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt, Claudia Bernhard und Fraktion DIE LINKE:

„Schließung der Wohngeldstelle in Bremerhaven, anhaltende Überlastung in Bremen – Eine Katastrophe mit Ansage“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Turhal Özdal, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:

"Bremer Justiz überlastet - Rechtsstaatlichkeit in Gefahr?"

Nr. 19/1100

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 25. September 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Auswirkungen des Brexit auf die bremische Fischindustrie begrenzen – Fanggebiete für die Hochseefischerei erhalten

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP
vom 18. September 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1788](#) vom 22. August 2018)
(Drucksache [19/1830](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. während der Verhandlungsphase den ständigen Austausch mit der Fischwirtschaft, dem Verband der Deutschen Kutter- und Küstenfischer e. V. und dem Deutschen Hochseefischerei-Verband e. V. zu suchen und sie über die laufenden Entwicklungen zu informieren;
2. auf Bundes- und europäischer Ebene dafür zu werben, dass dem Thema Fischerei in den Verhandlungen eine hohe Priorität eingeräumt wird, und sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass bisherige Zugangsrechte der deutschen Fischerei zu Gewässern des Vereinigten Königreiches nicht eingeschränkt werden;
3. sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Europäische Union Norwegen alternative Fangquoten zum Tausch anbietet, damit der deutschen Hochseefischerei in norwegischen Hoheitsgewässern weiter insbesondere Seelachs- und Kabeljaufang möglich ist;
4. dafür Sorge zu tragen, dass für die deutsche Hochseefischerei auch nach dem Brexit Fanggebiete um Grönland zugänglich sind;
5. auf Bundes- und europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass bei der Verteilung der Fangquoten das bewährte Prinzip der relativen Stabilität beibehalten und traditionelle Fangplätze für die deutsche und somit bremische Hochseefischerei erhalten bleiben;
6. auf Bundes- und europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass die bestehenden Vereinbarungen bezüglich Zugang, Quotenverteilung und Möglichkeiten zum Quotentausch zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich langfristig erhalten bleiben, um auch weiterhin die Fischerei zu ermöglichen;
7. sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür stark zu machen, dass die nachhaltige Bewirtschaftung der Bestände in britischen Gewässern auch künftig auf Grundlage der Fangempfehlungen des Internationalen Rates für Meeresforschung vorgenommen wird;

8. auf Bundes- und europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass klar- gestellt ist, dass alle in EU-Gewässern geltenden Bestimmungen hin- sichtlich Fangtechniken, Anlandung von Beifang etc. auch dann von EU-Fangschiffen einzuhalten sind, wenn sie in der britischen AWZ fischen;
 9. sich auf Bundes- und europäischer Ebene für einen Auffangplan ein- zusetzen, wie im Falle eines harten Brexit negative Folgen für die deutsche Hochseefischerei und die bremische Fischindustrie kompen- siert werden können.
2. Arbeitsbedingungen für die Heilmittelerbringer verbessern – Wichtige Gesundheitsberufe stärken!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1796](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Be- richterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbrau- cherschutz.
 3. Stellungnahme des Senats zum 40. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz
Mitteilung des Senats vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1801](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats zur Be- ratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
 4. Stellungnahme des Senats zum 12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1802](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats zur Be- ratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
 5. Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2017
Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
vom 7. Mai 2018
(Drucksache [19/1650](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt gemäß § 101 Landeshaushaltsordnung dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2017 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung.
 6. Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2017
Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses
vom 4. September 2018
(Drucksache [19/1811](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht Kenntnis.
 7. Änderung der Geschäftsordnung - Einbringungsrede des Senats bei Ge- setzentwürfen und Redezeit des Senats, Kriterien für die Durchführung einer Aktuellen Stunde
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 11. September 2018
(Drucksache [19/1813](#))

Die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 1. Juli 2015 und den Änderungen vom 22. Juli 2015, 23. September 2015, 21. April 2016, 14. Dezember 2016 und 15. Dezember 2016 wird wie folgt geändert:

1. § 30a Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

"Der Antrag muss bis zwei Arbeitstage, 9 Uhr, vor der Sitzung bei der Präsidentin oder beim Präsidenten der Bürgerschaft gestellt werden und den Gegenstand, seinen Bezug zur Landespolitik und den Grund seiner Aktualität bezeichnen. Ein aktueller Anlass ist nur gegeben, wenn sich der Antrag auf Umstände oder Ereignisse bezieht, die nach Feststellung der Tagesordnung durch den Vorstand eingetreten oder bekannt geworden sind. Ist ein Thema in Form eines Antrags, einer Beschlussempfehlung oder einer Großen Anfrage bereits Gegenstand der Beratungen in der Bürgerschaft, ist der Antrag nicht zulässig. Hält die Präsidentin oder der Präsident den Antrag für unzulässig, so entscheidet die Bürgerschaft zu Beginn der Sitzung."

2. § 34 Absatz 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

"Der Senat hat die von ihm eingebrachten Gesetzentwürfe, sofern eine Debatte stattfindet, zu Beginn der Debatte zu begründen."

3. § 36 Absatz 4 wird folgender Satz 2 angefügt:

"§ 34 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend."

4. § 45 Absatz 5 wird folgender Satz 1 vorangestellt:

"Dem Senat stehen die gleichen Redezeitkontingente zur Verfügung wie den Fraktionen."

8. Gesetz zur Änderung des § 3 des Gesetzes über die Deputationen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 11. September 2018
(Drucksache [19/1814](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 19/1101

Ein neuer Impuls für Bremen. Machbarkeitsstudie für medizinische Fakultät in Auftrag geben

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Mai 2018
(Drucksache [19/1657](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 12. Juni 2018

(Drucksache [19/1710](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag und den Änderungsantrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit (federführend) und die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der FDP
vom 25. September 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1834](#) vom 20. September 2018)
(Drucksache [19/1846](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, einen Entwurf für ein zukunftsfähiges Einwanderungsgesetz unter Berücksichtigung folgender Eckpunkte vorzulegen:

1. Im Einwanderungsgesetz soll ein Punktesystem eingeführt werden, das die Vergabe von Punkten nach Kriterien definiert und gewichtet. Die Zuwanderung könnte damit transparent gesteuert werden und wäre sowohl für Interessierte als auch die Aufnahmegesellschaft nachvollziehbar.
2. Das Einwanderungsgesetz soll durch nachvollziehbare, aktuell zu erhebende Indikatoren Berufe definieren, bei denen der Arbeitskräftebedarf nicht durch inländisches Fachkräftepotenzial gedeckt werden kann. Die Arbeitsmarktsituation in den Ländern und Regionen soll hierbei berücksichtigt werden.
3. Das Einwanderungsgesetz soll sich neben hochqualifizierten Arbeitskräften auch an Arbeitskräfte mit anderen Qualifikationsniveaus richten. Vorhandene Kenntnisse der deutschen Sprache sowie Aufenthaltszeiten in Deutschland sollen honoriert werden.
4. Das Einwanderungsgesetz soll auch für die Kinder von Arbeitsmigranten eine verlässliche Perspektive bieten. Diese Kinder erhalten genauso wie die Arbeitsmigrantinnen und -migranten Zugang zu einem unbefristeten Aufenthaltsrecht unter erleichterten Voraussetzungen und eine realistische Perspektive für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Dabei wird das Erlernen der deutschen Sprache gefördert und gefordert. Die in Deutschland geborenen Kinder erhalten deutlich verbesserte Bedingungen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit.
5. Das Beratungsangebot für Einwanderungswillige muss sowohl durch die deutschen Auslandsvertretungen als auch in Deutschland ausgebaut und die Visaverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden.
6. Die Möglichkeiten des Erwerbs der deutschen Sprache sowohl im Inland als auch im Ausland sollen ausgebaut werden. Hierzu gehört der Ausbau des deutschen Auslandsschulwesens wie auch eine Ausweitung des Kursangebots der Goethe-Institute. Im Inland stehen regulär die Integrationskurse des Bundes für die eingewanderten Familien offen.
7. Die Bildungsmigration von ausländischen Studierenden, Schulabsolventen und Menschen, die sich weiterqualifizieren möchten, muss erleichtert werden. Anstatt hoher Anforderungen, bisher erworbene Leistungen nachzuweisen, bedarf es vereinfachter Regelungen und eines Bürokratieabbaus.
8. Ausbeutung und illegaler Beschäftigung soll durch wirkungsvolle Kontrollen und Informationen zu den Rechten von Arbeitnehmerinnen und -nehmern begegnet werden. Einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Absenkung des Lohnniveaus ist entschlossen entgegenzuwirken.
9. Das neue Einwanderungsgesetz soll auch abgelehnten Asylsuchenden, die bereits in Deutschland leben, einen sogenannten Spurwechsel von asylsuchend zu legaler Einwanderung ermöglichen, soweit die oder der Asylsuchende bereits in den deutschen Arbeitsmarkt integriert ist, oder erfolgreiche Integrationsschritte zum Erwerb schulischer oder beruflicher Abschlüsse nachgewiesen sind. Dabei soll die Ausreise und erneute Immigration unter anderem Status nicht zur Voraussetzung für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland gemacht werden.

Nr. 19/1103

Sparsam, wirkungsarm, männerzentriert? Zur Bilanz der Wirtschaftsförderung nach dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) und seiner Arbeitsplatzeffekte 2007 bis 2017

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. März 2018
(Drucksache [19/1567](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. April 2018

(Drucksache [19/1637](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1104

Gesetz zur Änderung des § 5 des Gesetzes über die Deputationen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 21. August 2018
(Drucksache [19/1777](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/1105

Gesetz zur Änderung des Schwangerenberatungsgesetzes – Öffentliche Informationen über legale Schwangerschaftsabbrüche ermöglichen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. August 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1726](#) vom 19. Juni 2018)
(Drucksache [19/1774](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/1106

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Eigenbetrieb Performa Nord Eigenbetrieb des Landes Bremen

Mitteilung des Senats vom 14. August 2018
(Drucksache [19/1772](#))
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 25. September 2018

(Drucksache [19/1845](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/1107

Die Masche der "falschen Polizisten" endlich bekämpfen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. August 2018
(Drucksache [19/1779](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 19/1108

Bremisches Gesetz zur Weiterentwicklung des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts

Mitteilung des Senats vom 18. September 2018
(Drucksache [19/1826](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 19/1109

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 31

vom 14. September 2018
(Drucksache [19/1831](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/1110

Bessere Bleiberechtsregelung für gut integrierte junge Geflüchtete unter 27 Jahren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. September 2018
(Drucksache [19/1835](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich einer schleswig-holsteinischen Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Bleiberechtsregelung für gut integrierte Geflüchtete bis zur Vollendung des 27. Lebensjahrs anzuschließen oder eine entsprechende gemeinsame Bundesratsinitiative mit Schleswig-Holstein zu starten.